

**Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion zum Haushalt
2025 des Ostalbkreises in der Sitzung des Kreistages am
26. November 2024**

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

**„Wenn diese Bundesrepublik Deutschland einen fundamentalen
Richtungswandel in Richtung Rot Grün vollziehen würde, dann
wäre unsere Arbeit der letzten 40 Jahre umsonst gewesen! ... Wir
stehen doch vor der Entscheidung bleiben wir auf dem Boden
trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und
ihrer Tugenden oder steigen wir in das bunt geschmückte
Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die
Rolle der Faschingskommandanten übernehmen würden“.**

Heute können wir der Derbheit und der überspitzten Pointierung der
Debattenkultur der deutschen Nachkriegspolitiker der ersten Generation
im Format eines Herbert Wehner, Helmut Schmid oder eines Franz Josef
Strauß bisweilen wenig abgewinnen.

Bezogen auf unsere heutige Situation war das obige Zitat des
bayerischen Vollblutpolitikers aus dem Oktober 1986 aber fast schon
visionär. Allerdings haben wir keine 40 Jahre gebraucht um das
Scheitern des Rot-Grünen Projekts zu erleben.

Unserer Regierung haben nicht einmal 4 Jahre gereicht, um die Worte von Franz-Josef Strauß wahr werden zu lassen und Deutschland in die wohl schlimmste Krise der Nachkriegszeit zu führen.

Es wirkt fast schon wie eine Pointe der Geschichte, dass gerade in der Faschingszeit die Kommandanten dieser gescheiterten Regierung abgewählt werden. Dabei ist es eine unbedeutende Nebensächlichkeit, dass einer der Kommandanten ein Gelber war. Alles konnte Franz Josef Strauß – bei allem politischen Talent – eben auch nicht vorhersehen.

Und es ist geradezu sinnbildlich für das Scheitern der Ampel und es ist geradezu sinnbildlich für das Scheitern der wohl schlechtesten Regierung Deutschlands der Nachkriegszeit, dass in einer der wichtigsten Demokratien der Welt und in einer der noch immer stärksten Industrienationen für eine vorgezogene Neuwahl ausgerechnet das Papier für die Wahlzettel fehlen soll.

Das meine Damen und Herren hat dieses Land – das hat auch unsere Demokratie wahrlich nicht verdient!

Ohne Zweifel hat die Ampel zahlreiche Probleme beschleunigt oder gar erst geschaffen, die wir ohne Ampel gar nicht bekommen hätten.

Eine Energiepolitik, die weder der Wirtschaft noch der Bevölkerung die Gewissheit gibt, ob auch künftig noch die Versorgung mit Strom sicher ist und vor allem, ob Energie in 10 oder 20 Jahren noch bezahlbar und wettbewerbsfähig sein wird.

Phantasien zum Heizen in Deutschland, die Millionen Häuslesbesitzer durch ein leichtfertiges politische Spiel um einen Teil ihres hart erarbeiteten Vermögens gebracht haben und die für viele Menschen in Deutschland die Frage aufwerfen, ob man sich in Zukunft das warme Wohnzimmer überhaupt noch leisten kann. Von der Frage, wie man noch heizen darf, ganz zu schweigen.

Eine immer noch weiter ausbordende Sozialpolitik mit einem Bürgergeld der Fehlanreize, das vielfach die Frage aufwirft, ob sich arbeiten überhaupt noch lohnt.

Eine Wirtschaftspolitik der Richtungslosigkeit und man könnte meinen auch der Ahnungslosigkeit, die den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland gegenwärtig ohne Perspektiven dastehen lässt und Kapital und Unternehmen aus dem Land treibt.

Eine inhaltlose Migrationspolitik, die angesichts einer ihr innewohnenden weltfremden Ideologie keinen Ansatz zur Schaffung geregelter Zuwanderung geschaffen, sondern nur die Ablehnung der eigenen Bevölkerung durch den Nachweis des offensichtlichen politischen Unwillens zur Problemlösung provoziert hat.

Man könnte diese Liste noch beliebig fortsetzen.

Und am Ende handlungsunfähige, ja ratlose Zukunftscoalitionäre, deren unwürdiger Abgang aus der Regierungsverantwortung Deutschland in dieser wichtigen politischen Phase faktisch ohne Regierung dastehen lässt.

Und am Ende Protagonisten, die in Talkshows eindrucksvoll unter Beweis stellen, dass sie nicht, aber auch gar nicht verstanden haben. Und Schuld haben ja ohnehin alle anderen oder eben die widrigen Umstände.

Deshalb – meine Damen und Herren - ist es auch gut so, dass wir im Februar einen politischen Neuanfang wählen können.

Immerhin: Auf der Haben-Seite steht so Bedeutendes wie das Cannabis Gesetz, das Selbstbestimmungsgesetz und ein schlechtes Krankenhausgesetz, das unsere Probleme nicht löst aber dafür die Defizite geradezu zementiert.

Bei allem bewiesenen Unvermögen wäre es aber tatsächlich falsch, nur der Ampel die Verantwortung über den Zustand des Landes zuzuschreiben.

Allzu lange haben wir es uns in dem Bewusstsein bequem gemacht, dass Deutschland gut da steht, der Reichtum unseres Landes ein Geschenk Gottes ist und wir nahezu über unendliche finanzielle Ressourcen verfügen, um uns alle möglichen sinnvollen und sinnlosen Standards zu leisten.

Heute wissen wir, keine dieser Gewissheiten hat mehr Bestand.

Deutschland steht nicht gut da und ist Schlusslicht unter den OECD Ländern. Unser Reichtum ist kein Geschenk Gottes, sondern das Ergebnis von harter Arbeit und dem sprichwörtlichen deutschen Fleiß ganzer Generationen. Und wir haben keine unendlichen finanziellen Ressourcen, sondern wir haben vielfach schlicht über unsere Verhältnisse gelebt.

Immer neue Wohltaten, die die Augenblicksgier der Politik gerne an das Wahlvolk verteilt, machen keinen soliden Staat. Dieser linke Politikansatz muss in dieser Phase wieder dem trockenen Credo bürgerlicher Vernunft weichen, dass man auf lange Sicht nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Oder um es mit Maggie Thatcher zu sagen:

„Das Problem mit dem Sozialismus ist, dass einem irgendwann auch das Geld anderer Leute ausgeht.“

Deutschland steht tatsächlich am Scheideweg. Wollen wir die Anstrengungen auf uns nehmen, die nötig sind, um weiterhin als starke Industrienation mit einer ebenso starken Volkswirtschaft Wohlstand für unsere Bevölkerung zu schaffen und zu sichern. Oder werden wir uns weiterhin dem lustvollen Untergangslamento von der Deindustrialisierung und dem für einige scheinbar selbstverständlich hinzunehmenden Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Wohlstand hingeben. Deutschland braucht einen Politikwechsel. Deutschland braucht einen Richtungswechsel.

Bei der Betrachtung des Haushaltes des Ostalbkreises für das Jahr 2025 wird allerdings offenbar, dass auch der Kreis einen Richtungswechsel vollziehen muss. Und, dass es eines Politikwechsels in Bund und Land bedarf, um den Haushalt des Kreises und seiner Städte und Gemeinden wieder auf solide Beine zu stellen.

Die CDU Fraktion hat sich intensiv mit dem Haushalt beschäftigt. Das Ergebnis war Ernüchterung.

Ernüchterung darüber, dass eigentlich keine Spielräume für die Gestaltung des Ostalbkreises mehr gegeben sind. Unseren Möglichkeiten sind einstweilen mehr als enge Grenzen gesetzt.

Und Ernüchterung darüber, dass selbst die politischen Spielräume, den Haushalt finanzpolitisch in Ordnung zu bringen fast ausgereizt und nur noch im Kleingedruckten eines Haushalts mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro zu finden sind.

Wenn der Kreistag als das politische Gremium der kommunalen Selbstverwaltung des Ostalbkreises zu diesem Schluss kommt, so wirft das die Frage auf, ob man noch von kommunaler Selbstverwaltung gemäß Art. 28 des Grundgesetzes sprechen kann. Oder, ob diese durch finanzielle Zwänge und bürokratische Vorgaben anderer politischer Ebenen längst ausgehöhlt ist.

Die großen, den Haushalt prägenden Felder haben wir bereits im letzten Jahr benannt und es sind in diesem Jahr dieselben.

1. Kliniken
2. ÖPNV
3. Soziales
4. Personal

Bei den Kliniken haben wir angesichts des Defizites von wohl 63 Mio. Euro sehr harte Entscheidungen getroffen und gezeigt, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden, auch wenn es sehr schmerzt. Dadurch besteht die Perspektive in 2-3 Jahren etwa 20 Mio. Euro Einsparungen zu realisieren. Gerade das Beispiel der Kliniken zeigt, dass Warten nach der Erkenntnis des Problems die schlechteste aller Handlungsoptionen ist. Dann gilt das alte Sprichwort: **Wer sich nicht bewegt, wird bewegt!**

Die eingeschlagene Vorwärtsstrategie mit Zentralkrankenhaus in Essingen ist der richtige Weg. Rückwärtsgewandte Diskussionsbeiträge bringen uns keinen Schritt weiter. Im Gegenteil. Sie suggerieren Lösungen, wo keine sind und manövrieren uns nur in eine Sackgasse ohne qualifizierte Krankenhausversorgung auf der Ostalb als Ergebnis. Auch wenn – zugegeben – sehr große Herausforderungen auf uns warten.

Bleiben noch 40 Mio. Euro. Minus bei den Kliniken, die wir nur in geringerem Umfang beeinflussen können. Ein sehr erheblicher Teil davon ist der nicht auskömmlich gestalteten Betriebsfinanzierung der Krankenhäuser durch den Bund zuzuschreiben. Millionen, die als Last im Haushalt verbleiben und über die Kreisumlage unseren Städten und Gemeinden entzogen werden. Die verabschiedete lauterbach'sche Krankenhausreform weckt dabei wenig Hoffnung auf Besserung.

Der ÖPNV – schon immer ein Defizitbringer – trägt seit der Einführung des 49 Euro Tickets zusätzliche Lasten in Millionenhöhe, da die finanziellen Ausfälle der kommunalen Ebene von den Erfindern des Tickets in Bund und Ländern bisher nicht ausgeglichen wurden. Auch hier ist kurzfristig keine Besserung in Sicht. Im Falle des Ostalbkreises reden wir von ca. 5-7 Millionen Euro.

In der Vergangenheit wurden immer neue soziale Leistungen festgeschrieben und deren Finanzierung auf die kommunale Ebene verlagert. Sage und schreibe 100 Mio Euro gibt der Ostalbkreis für die Finanzierung sozialer Leistungen und des Bundesteilhabegesetzes aus. Tendenz steigend. Die Unfinanzierbarkeit absehbar. Verglichen zum Stand des Jahres 2022 mit 72 Mio Euro haben wir in drei Jahren allein hier um fast 30 Mio höhere Ausgaben.

Beim Personal haben wir bereits im letzten Jahr einige Einsparungen der freiwilligen Leistungen auf den Weg gebracht. Weitere Überprüfungen müssen sicherlich vorgenommen werden. Eines ist aber dabei auch klar: Bei weiteren Streichungen geht es ans Eingemachte. An die Bereiche, die die kommunale Selbstgestaltung im Ostalbkreis ausmachen. Der überwiegende Personalanteil umfasst Pflichtaufgaben.

Nimmt man die fremdbestimmten finanziellen Lasten des Haushalts 2025 zusammen, dann kommt man überschlägig auf eine Summe von etwa konservativ geschätzt 60 - 70 Mio Euro. Ausgaben, für die wir letztlich nicht verantwortlich sind, weil wir sie nicht veranlasst haben. Die Finanzierung dieser Mittel müssen wir dennoch erbringen.

Zur Erinnerung: Uns fehlen zu einem Ausgleich des Ergebnishaushaltes 18 Mio Euro. Und wir reden aktuell von einer Erhöhung der Kreisumlage um 5,15 Punkte oder knapp 35 Mio Euro.

Das Fazit ist, würden andere ihren Verpflichtungen nachkommen, würden wir die aktuellen Diskussionen zu unseren Finanzen nicht führen und wir hätten gar kein Problem, unseren Haushalt auch ohne Erhöhung der Kreisumlage sauber finanzieren zu können. Immerhin reden wir von 8 bis 10 Punkten Kreisumlage.

Die Frage sei erlaubt, ob Bund und Land das Prinzip der Konnexität noch ernst nehmen und danach handeln. Und angesichts eines Anteils an den gebundenen Ausgaben im Haushalt von 97 oder 98 Prozent sei eine weitere Frage erlaubt, ob wir noch von kommunaler Selbstverwaltung sprechen können oder ob wir längst die stille kommunale Fremdbestimmung erdulden.

Eines sei dabei ins Gedächtnis gerufen. In allen Krisen der letzten Jahre hat eine staatliche Ebene immer funktioniert – das waren die Kommunen. Und auf dieser Ebene erlebt der Bürger seinen Staat. Nicht umsonst sind die Städte und Gemeinden bekanntlich der Ort der Wahrheit!

Insofern verstehe ich jeden Bürgermeister und Oberbürgermeister unseres Kreistages, wenn er in diesem Jahr erhebliche Probleme hat, dem vorliegenden Haushalt 2025 mit der vorgeschlagenen Kreisumlage zuzustimmen. Ich selbst tue mich auch sehr schwer damit. Als Kreisrat muss man einen gesetzmäßigen Haushalt erreichen. Als Bürgermeister beraubt man sich gleichzeitig selbst teilweise jedes Handlungsspielraums. Das ist ein Dilemma, um das keine Kollegin und kein Kollege zu beneiden ist.

Die CDU Fraktion ist sich aber in einem ganz sicher: Wir auf der Ostalb werden aber auch diese schwierige Phase meistern. Wir sind eine starke Gemeinschaft mit tollen Menschen, starken Unternehmen und attraktiven Kommunen. Die Probleme sind erkannt. Und wir haben ein Ziel und einen Plan.

1. Klinikstrukturen anpassen. Möglichst schnelle Umsetzung.
2. Wirtschaftliches Denken und Handeln in allen Bereichen des Ostalbkreises verstärken. Soziales, Kliniken, Personal, ÖPNV.
3. Sozialausgaben senken. Standards hinterfragen.
4. ÖPNV optimieren. Standards hinterfragen.
5. Klare Aufgabenkritik des Kreises mit Anpassung der Personalausstattung.

Bei all unseren Bemühungen zu sparen müssen wir aber immer auch daran denken, wer unsere Leistungsfähigkeit schafft. Das sind unsere Unternehmen. Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts! Ihnen müssen wir weiter jede nur erdenkliche Unterstützung gewähren – ob in den Städten und Gemeinden, im Kreis oder im Regionalverband.

Die besorgte Frage des Geschäftsführers eines unserer TOP Unternehmen in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes, ob wir seine Bemühungen in der Energiegewinnung und damit den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unterstützen würden, kann ich für die CDU stellvertretend für die Unternehmen der Region mit einem klaren JA beantworten. Dieser Geist des Anpackens, des Machens und Zulassens und des Zusammenhalts ist ein wichtigerer Faktor als wir denken. Das kostet nichts. Das müssen wir nur tun. Wir müssen Dinge möglich machen!

Nicht nur im Ostalbkreis, überall im Land stehen die kommunalen Haushalte mit dem Rücken zur Wand. Ohne Änderungen bei Bund und Ländern, wird unsere Aufgabe solider Haushalte für den Kreis in Zukunft verunmöglicht. Neben der Übernahme der Kosten, die durch andere verursacht werden, müssen aber auch die Ursachen für die Kosten selbst angegangen werden.

Die Sozialkosten müssen runter. Die Migration und deren Kosten müssen dringend neu geregelt werden, Zuwanderung in die Sozialsysteme können wir uns nicht mehr leisten. Die Staatsquote muss wieder auf ein vernünftiges Maß gesenkt werden. Wir brauchen nicht immer mehr Bürokratie, Regelungswut und Kontrolldrang durch Behörden mit immer neuen unproduktiven Stellen. Zumal es bald keine Menschen mehr geben wird, die diese Stellen besetzen könnten. Wenn der Ministerpräsident also sagt, „Ja wenn die Landkreise keinen Radverkehrsbeauftragten wollen, ja dann kriegen sie halt keinen!“, dann sollten wir beherzt zugreifen. Wir brauchen die Entfesselung der Freiheitskräfte unseres Landes und mehr Vertrauen in das Handeln der Menschen, der Unternehmen und in die unteren staatlichen Ebenen. Allein der bürokratische Aufwand und die staatlich verordneten Berichtspflichten kosten unsere Volkswirtschaft jährlich fast 150 Mrd. Euro. Derweil die Macher ermüden und schließlich frustriert das Machen sein lassen.

Wir müssen aber auch wieder einen Sinneswandel jedes Einzelnen zu mehr Eigenverantwortung und weg vom für alles sorgenden Staat erreichen. Müssen wir wirklich Menschen beschäftigen, die anderen Menschen sagen, dass man sich, wenn die Sonne scheint, vor der Sonne schützen sollte? Muss man wirklich jemanden haben, der einem sagt, dass man trinken sollte, wenn man Durst hat? Wir müssen den Leistungsgedanken wieder fördern anstatt die Sieger bei den Bundesjugendspielen abschaffen oder im Jugendfußball das Tore schießen abzuschaffen. Die Lust am Wettbewerb und der Kampfgeist den Wettbewerb anzunehmen sind Rezepte für ein erfolgreiches Land, ohne dabei die Schwachen zurückzulassen. Alles, was verteilt wird, muss erst verdient sein.

Die Fußballnationalmannschaft war bis vor kurzem ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Viele talentierte und gut ausgebildete, materiell gut gestellte junge Männer. Das alles hat nur dazu gereicht, um regelmäßig in den Vorrunden auszuscheiden. Sie konnten im Wettbewerb nicht bestehen. Heute sehen wir eine andere Mannschaft. Auch talentierte und gut ausgebildete, materiell gut gestellte junge Männer. Aber ihr Geist ist ein anderer. Das „Siegen wollen“ ist zurück in diesem Team, die Bereitschaft sich zu quälen, sich anzustrengen. Seitdem geht es wieder aufwärts mit dem deutschen Fußball. So geht es auch wieder aufwärts mit der deutschen Gesellschaft – Trainerwechsel inklusive.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU Fraktion wird dem Haushalt mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Kreisumlage um 5,15 Punkte zustimmen. Zwar zähneknirschend, weil unsere Städte und Gemeinden dringend ihre Steuergelder brauchen. Wir sehen aber tatsächlich keinen anderen Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt 2025.

Die CDU Fraktion wird keine Einzelmaßnahmen zur Besserung des Haushalts vorschlagen und auch keine entsprechenden Anträge stellen, weil wir einen Punkt erreicht haben, an dem es in das Kleinklein des Eingemachten geht, das wir als politisches Gremium kaum mehr durchdringen können. Wir sind nicht die bessere Verwaltung. Hier bauen wir auf die Expertise unserer Fachleute im Landratsamt, die ja bereits eine ganze Vielzahl von Vorschlägen übermittelt haben. Dafür herzlichen Dank!

Zudem stimmen wir einem Einsparvolumen in Höhe der übermittelten Sparliste ebenfalls zu. Die Zustimmung zur vorgelegten Liste kann ich für die CDU Fraktion heute aber nicht abschließend zusagen.

Einerseits wollen wir die vorgeschlagenen Maßnahmen in den Ausschüssen und in der Fraktion noch diskutieren. Andererseits gibt es eventuell noch weitere Vorschläge, die helfen können, die Einsparziele des Regierungspräsidiums zu erreichen.

Wir bestehen auf einer intensiven Diskussion und Abstimmung über die Einzelmaßnahmen, bevor diese im Haushalt wirksam werden. Im vorgesehenen Zeitplan ist eine angemessene Befassung aus unserer Sicht nicht mehr möglich.

Die CDU Fraktion bittet Sie, Herr Landrat, um Erläuterung zum vorgesehenen Zeitplan und Verfahrensgang. Einerseits sehen wir die Notwendigkeit den Haushaltsplan 2025 zu beschließen. Andererseits sehen wir noch nicht, wie es gelingt, diesen mit den vorgegebenen Zielen zu beschließen, ohne die Maßnahmen festzulegen, um die konkreten Einsparungen zu erreichen.

Ich würde Sie bitten, sehr geehrter Herr Landrat, uns zum vorgesehenen Verfahrensgang ihre Vorstellung darzulegen.

Im Übrigen verzichtet die CDU Fraktion in diesem Jahr auf haushaltswirksame Anträge.

Ich freue mich auf einen konstruktiven, fruchtbaren Dialog mit der CDU-Fraktion über die weitere Gestaltung des Haushaltes 2025.

Besonders bedanke ich mich heute bei unserem Kreiskämmerer Karl Kurz für seine solide Arbeit in wahrlich schwieriger Zeit! Lieber Herr Kurz, jetzt sind Steherqualitäten gefragt. Wir wissen aber, dass Sie diese als Handballer haben.

Ebenso danke ich im Namen der CDU Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. In dieser schwierigen Phase haben Sie manche Last zu tragen und manche Entscheidung zu ertragen, das wissen wir wohl. Insbesondere danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kliniken für ihren Selbstlosen Einsatz und ihr Engagement im Rahmen der anstehenden Veränderungen! Vielen Dank dafür!

Und zuletzt danke ich unserem Landrat Dr. Joachim Bläse. Sehr geehrter Herr Landrat, bisher war ihre Amtszeit nicht gerade mit Momenten gespickt, in denen Sie im herkömmlichen kommunalpolitischen Sinne glänzen konnten. Ihr Mut, längst überfällige Dinge anzupacken und ihre Entschlossenheit den Ostalbkreis zukunftsfähig und zukunftsfest aufzustellen, verdient aber nicht nur unseren Dank sondern noch mehr unseren Respekt!

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Herbert Wehner, dem großen Kontrahenten von Franz Josef Strauß mit dem er manche Debattenschlacht ausgefochten hat, das uns zugleich ermutigen soll nicht zu verzagen, unserer Verantwortung gerecht zu werden und im Miteinander, egal wo jeder politisch auch stehen mag, gemeinsam die richtigen Lösungen für unseren Ostalbkreis zu finden:

„Politik ist das Ordnen der Angelegenheiten, die alle angehen. Dafür bedarf es des Durchstehvermögens, heißer Herzen und kühlem, wägendem Verstand.“